

Die Erinnerungsarbeit der *Madres de Plaza de Mayo*

Ich spreche als Zeugin für furchtbare Dinge, die in den 1970er-Jahren in meinem Land im Kontext des mordenden Staatsterrorismus geschehen sind. Unsere Gruppe, die Mütter der *Plaza de Mayo*, kämpft mit ihrer Erinnerungsarbeit jeden Tag darum, ihren Schmerz in Bewegung umzusetzen, um an die Vergangenheit zu erinnern, aber auch, um die Gegenwart in aktiver Interaktion mit anderen zu gestalten. Hinter uns Müttern liegt ein weiter Weg, der am 30. April 1977, mitten in der Diktatur, begann, als 14 Frauen das durch den Staatsterrorismus zu verantwortende „erzwungene Verschwinden“ ihrer Kinder publik machten. Auf der Grundlage der Richtlinien der „Doktrin der Nationalen Sicherheit“ ging die staatliche Gewalt nach dem Militärputsch im Jahr 1976 gegen das Leben und die Unversehrtheit der Menschen vor.

In meinem Leben gibt es ein „vor“ und ein „nach“ dem 5. April 1977, jenem Tag, an dem Uniformierte in mein Heim einfielen, sich als Angehörige der „argentinischen Streitkräfte“ ausgaben und meinen Sohn Juan Patricio und dessen Ehefrau entführten. An demselben Tag drangen sie illegal mit einer ähnlichen Aktion in das Haus ein, in dem meine Tochter María Beatriz mit ihrem Mann lebte, und entführten die beiden. Bis heute fehlt jeglicher Hinweis auf ihren Verbleib. Aufgrund der Aussage meiner Schwiegertochter, die wenige Stunden später wieder freigelassen wurde, konnte festgestellt werden, dass meine Kinder im geheimen Haft- und Folterzentrum *Club Atlético* festgehalten wurden.

Ich repräsentiere auch andere Mütter, die Ähnliches durchgemacht haben. Gemeinsam sind wir einen langen und schwierigen Weg gegangen, der noch heute andauert. Zunächst fragten wir uns gegenseitig: „Geschieht dir dasselbe wie mir?“ Uns waren weder Ideologie noch Religion noch der soziale Status wichtig. Wir marschierten vereint durch den Schmerz um das abwesende Kind, verrückt, weil man uns das Liebste geraubt hatte. Mit der Zeit verwandelte sich der Schmerz in Kampf und der Kampf in aktiven Widerstand. Wir begannen unsere gemeinsame Identität zu schaffen, deren Erkennungszeichen die weißen Kopftücher waren, in die wir später die Namen unserer Kinder stickten, um sie aus der Anonymität zu befreien. Wir nahmen einen öffentlichen Ort, die *Plaza de Mayo*, in Beschlag und begannen jeden Donnerstag von 15.30 Uhr bis 16.00 Uhr um die Pyramide zu kreisen. So entstand die historische Runde der Mütter. Dieser Ort, an dem man gemalte weiße Kopftücher findet, ist von der Regierung der Stadt Buenos Aires zu einem „Historischen Ort“ erklärt worden.

Dort kamen die ersten Parolen auf, die am Ende jeder Runde gerufen wurden: „Lebend hat man sie mitgenommen, lebend wollen wir sie wiederhaben“ und „Sie sollen lebendig wiederkehren“. Der Bund zwischen den Müttern überwand das Individuelle und gewann an Wert als Bewegung einer Gemeinschaft, der es gelang, sich dem Staatsterrorismus, der sich in unserer Republik ausgebreitet hatte, entgegenzustellen. Drei unserer ersten Mütter wurden selbst Opfer dieser Verbrechen: Azucena Villaflor, María Eugenia Bianco und Esther Careaga, die im Dezember 1977 im Rahmen einer militärischen Operation aus der Pfarrei von Santa Cruz entführt wurden und bis heute vermisst sind.

Wie in jeder Bewegung gab es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten, die gravierender wurden und schließlich die Gründungsziele betrafen. 1986 führte dies zur Spaltung der Organisation der Mütter und zur Gründung der *Asociación Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora* (Vereinigung Mütter der *Plaza de Mayo* – Gründungszweig), der Institution, der ich angehöre.

Wir Mütter sind in der Vergangenheit marschiert und marschieren noch heute, überzeugt von der Richtigkeit unseres Anliegens. Wir wollten wissen, was mit unseren Kindern geschehen ist. Wir forderten, dass man uns sagt, wer, wann, wo und warum über ihr Schicksal entschieden hat. So setzten wir uns weiter mit der schmerzhaften Abwesenheit einer ganzen Generation auseinander, einer Abwesenheit und Suche ohne Antwort.

Man begann unsere Stimmen auch im Ausland wahrzunehmen. Und so entstand der Bericht der „Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte“ der Organisation Amerikanischer Staaten, der bereits zu Zeiten der Diktatur erarbeitet wurde. Die Kommission kam nach Argentinien und untersuchte zwei Wochen lang die im Land begangenen Menschenrechtsverletzungen. In ihrem Bericht heißt es: „Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dass in Argentinien in der Zeit von 1975 bis 1979 durch direkte Aktionen oder durch Unterlassung seitens der Behörden oder ihrer Vertreter zahlreiche und gravierende Verletzungen fundamentaler Menschenrechte begangen wurden.“ Ausgehend von ihren Schlussfolgerungen empfahl die Kommission, „die Verantwortlichen für die Toten mit der ganzen Härte des Gesetzes vor Gericht zu stellen und zu verurteilen“ und bezüglich der verhafteten Verschwundenen „den Umständen entsprechend über den Verbleib dieser Personen zu informieren“. Nach der Rückkehr zur Demokratie fand zwischen 1983 und 1984 mit den Tausenden von Zeugenaussagen, die die *Comisión Nacional sobre Desaparición de Personas* aufnahm, eine erste Annäherung an das Wissen über das Grauen statt. Es konnte bewiesen werden, dass die repressive Politik einem systematischen Plan folgte, was auch in dem von der Kommission herausgegebenen Buch *Nunca Más* (Nie Wieder) zum Ausdruck kam.

Die Demokratie brach das Schweigen, und jeder erklärte das Geschehene auf seine Weise: „Krieg“, „Theorie der zwei Dämonen“, „Exzesse“; Worte, die durch die unter der Regierung von Präsident Raúl Alfonsín durchgeführten Prozesse gegen die Spitzen der Streitkräfte an Stärke gewannen. Aufgrund der unterschiedlichen Interpretationsmuster für die Geschehnisse während der Diktatur sahen wir uns gezwungen, uns mit der realen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beschaffenheit des Staatsterrorismus auseinanderzusetzen, sie zu begreifen und anderen begreifbar zu machen. So verstanden wir, dass durch die Militärdiktatur in unserem Land ein System der wirtschaftlichen Konzentration und der sozialen Ausgrenzung eingeführt wurde, unter dem wir noch heute leiden. Deswegen gehen wir davon aus, dass der Staatsterrorismus der bewaffnete Arm der ökonomischen Machtgruppen war.

Der Prozess gegen die Militärjunta war das erste wichtige Ereignis, bei dem unsere Forderung nach Gerechtigkeit konkret umgesetzt wurde. Leider wurden diese Wege der Wahrheitsfindung verschlossen; durch die Straßlosigkeitsgesetze – *Obediencia Debida* (Befehlsnotstand) und *Punto Final* (Schlusspunkt) – und

durch den Begnadigungsakt unter Präsident Carlos Menem im Jahr 1989, von dem Militärs profitierten, die am Staatsterrorismus beteiligt waren.

Während dieser 28 Jahre konnten dank des unnachgiebigen gemeinsamen Kampfes des Volkes und der Menschenrechtsorganisationen und dank des politischen Willens einiger Regierenden wichtige Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene erzielt werden. Dazu gehört die Annullierung der oben genannten Gesetze durch den Kongress im Jahr 2003. Der Oberste Gerichtshof hat die Gesetze später für verfassungswidrig erklärt. 1981 entstand die *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos Desaparecidos* (FEDEFAM; Lateinamerikanische Föderation der Vereinigungen Angehöriger von Verschwundenen), der auch die „Großmütter der *Plaza de Mayo*“, die „Angehörigen von aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten“ und die „Mütter der *Plaza de Mayo* – Gründungszweig“ angehören. Ziel dieser Föderation ist es, eine internationale Konvention gegen das Verschwindenlassen von Personen durchzusetzen. Darüber hinaus wurde am 24. März 2004 eine Vereinbarung zwischen dem Nationalstaat und der Regierung der Stadt Buenos Aires unterzeichnet, die vorsieht, dass auf dem Grundstück, auf dem sich das Geheime Haft- und Folterzentrum der ESMA (Escuela Mecánica de la Armada, Mechanikerschule der Marine) befand, ein Ort der Erinnerung und zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte geschaffen werden soll.

Hervorzuheben ist die Arbeit der „Großmütter der *Plaza de Mayo*“, denen es gelungen ist, 80 ihrer Enkel wiederzufinden, und die weiterkämpfen, um die noch Vermissten aufzufinden. Gleichzeitig wird das Archiv der Erinnerung aufgebaut, um jene Dokumentation zu bewahren, die es ermöglicht, Kenntnisse über das Schicksal eines jeden Einzelnen der verhafteten Verschwundenen zu erlangen. Dutzende Verfahren sind wieder aufgenommen worden und 121 Unterdrücker sind in Haft, denen alle Rechte zugestanden werden, die sie ihren Opfern verweigerten.

Ziel der Diktatur sollte die Zerstörung der sozialen Strukturen sein, und dennoch, auch um den Kampf der Mütter, der Großmütter und der Angehörigen von ehemaligen Verhafteten fortzuführen, gründete sich 1995 die Vereinigung H.I.J.O.S. (Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit gegen das Vergessen und Schweigen) und beeinflusste die Geschichte durch neue Aktionsformen bei der Forderung nach Gerechtigkeit und dem Aufzeigen der Strafflosigkeit. Seit Kurzem befindet sich eine weitere Organisation im Aufbau, die *Hermanos por*

la Verdad y la Justicia (Geschwister für Wahrheit und Gerechtigkeit), die den Versuch einer neuen Geschichtsschreibung unternehmen wollen als Zeugen, die die gleichen Situationen wie ihre Geschwister erlebt haben.

Die Arbeit des *Equipo Argentino de Antropología Forense* (Argentinisches Team für forensische Anthropologie) verdient große Anerkennung, da diese Organisation versucht, denjenigen einen Namen und eine Geschichte zurückzugeben, denen diese durch die Eintragung als „N. N.“ (Name unbekannt) geraubt wurden. Auch die Prozesse, die in einigen Städten im In- und Ausland – Spanien, Italien, Frankreich, Schweiz und Deutschland – geführt wurden, eröffneten neue Möglichkeiten, weil sie zur Aufklärung des Schicksals Tausender Verschwundener und der Möglichkeit einer gerechten Strafe beitrugen. Darüber hinaus bestätigten sie den Straftatbestand der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und festigten den Grundsatz einer universellen Rechtsprechung, die die Verurteilung vieler Unterdrücker ermöglichte.

Nach der Rückkehr zur Demokratie behaupteten einige gesellschaftliche Kreise, unsere Aktivitäten könnten die nationale Einheit bedrohen. Sie schlugen eine „nationale Versöhnung“ vor, die durch Vergessen erreicht werden sollte. Dies gab uns nur noch mehr Antrieb bei der Forderung nach Prozessen und Bestrafung, wobei wir immer betont haben, dass es uns nicht um Rache, sondern ganz einfach um Gerechtigkeit geht.

Auch nach 28 Jahren bleibt die Forderung nach Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit immer noch gültig. Es handelt sich um Werte, die sich als kollektive Erinnerung in die Gesellschaft eintragen. Diese Erinnerung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses, der das Ziel verfolgt, uns in Zeugen dessen zu verwandeln, was in unserem Land geschehen ist. Durch die Worte und durch unsere Schilderungen geben wir der Erinnerung den Platz, den sie verdient: die Vermittlung der Wahrheit, die auf der Grundlage des erlebten Schreckens eine Neubewertung der Geschichte ermöglicht.

Die moralische Sanktionierung reicht uns nicht aus, da in unserem Land ein systematischer Plan des Schreckens durch den Staatsterrorismus umgesetzt wurde; ein Plan, der gewaltsame Hausdurchsuchungen beinhaltete, Entführungen, Haft an geheimen Orten, Folter, die Verschleppung Minderjähriger, das Verschwindenlassen mit anschließendem Tod durch Erschießung oder durch die grauenvollen Todesflüge, bei denen die Opfer lebend ins Meer geworfen wurden. Als Menschenrechtsorganisation sagen wir Nein zur Gewalt und mit

der gleichen Kraft Nein zur Resignation. Unsere Aktion war, ist und wird immer ein aktiver Widerstand sein, der sich im Respekt für die menschliche Würde und das Leben begründet. Das bedeutet, dass wir die ständige Bitte nach Wahrheit und Gerechtigkeit mit den aktuellen Forderungen der Menschenrechtsbewegung hinsichtlich der Verteidigung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten des Individuums und der Völker verbinden.

Das Thema des Staatsterrorismus hat mal mehr, mal weniger Einfluss auf die Gesellschaft gehabt. Ein Teil von ihr schien unter einer Amnesie zu leiden, einige waren Helfer, andere gleichgültig. Aber das permanente Aufzeigen der Geschichte durch die Menschenrechtsorganisationen und die Selbstverpflichtung eines wichtigen Teils der Gesellschaft führten dazu, dass die Verschwundenen aufhörten, Namenlose zu sein – anders als die Unterdrücker es geplant hatten und der Diktator Jorge Rafael Videla dies umschrieb, als er dazu befragt wurde: „Die Verschwundenen gibt es nicht, sie sind nicht, sie haben keine Identität.“ Unsere Kinder gibt es, und sie sind da. Sie haben alle einen Vor- und Nachnamen. Sie sind Juan, Beatriz, Carlos, Irene, Susana, ... und sie sind die 30 000, die nicht nur in der Erinnerung, sondern im Leben selbst, in der täglichen Konstruktion der kollektiven Erinnerung, sind. Eine Erinnerung zu haben bedeutet, gegen Straflosigkeit zu kämpfen und die Tausenden Menschen, die um einer gerechteren Gesellschaft willen politisch und sozial aktiv waren und deswegen entführt, gefoltert und ermordet wurden, aus der gespenstischen Kategorie der „Verschwundenen“ zu befreien. Bei dieser Rekonstruktion der Wahrheit sind die Leben und die Kämpfe unserer Kinder miteinander vereint, ihre Projekte und ihre politischen Aktivitäten, die mit ihren jeweiligen Vorstellungen korrespondierten. Sie waren Teil einer Generation, die sich für die Geschichte ihrer Zeit und ihres Volkes engagierte und die sich durch Solidarität, Engagement und Hingabe auszeichnete.

Alle und jeder Einzelne der verhafteten Verschwundenen leben in der Erinnerung der Kollegen und Freunde weiter, die ihr Engagement teilten. Sie leben auch weiter in den Idealen jener Menschen, die, auch wenn sie sie nicht kannten, heute für die Menschenwürde und für die Würde des Landes, für die Erziehung, die Gesundheit und für eine gerechte Einkommensverteilung kämpfen, in Gewerkschaften, Schulen, Sozialstationen und an vielen anderen Orten. Vor allem aber sind sie in unseren Herzen lebendig und im alltäglichen Tun unserer Familien, und sie werden es bis an unser Lebensende sein.